

»Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine.«

HELmut SCHMIDT

DIE ZEIT N° 51 8. Dezember 2022

13



Die Angst vor sich selbst

Kein Wunder, dass Deutschland so schwer in die Gänge kam, die Ukraine zu unterstützen. Dies ist der beinahe einzige westliche Staat, der seine Demokratie noch nie gegen eine fremde Macht verteidigen musste VON THOMAS SPECKMANN

Was ist los mit Deutschland? Ein europäischer Nachbar wurde angegriffen – militärisch. Eine Demokratie von einer Diktatur. Ein friedliches Land von einer kriegerischen Macht. Invasion, Einmarsch, Okkupation. Tod, Zerstörung. Und die Reaktion in Berlin? Man zögerte. Man bremste. Zögert und bremst in Wahrheit immer noch, auch wenn der wackere Kampf der Ukrainer schon manchen zum Umdenken gebracht hat. Aber: Man zieht allenfalls nach, wenn enge Verbündete vorangehen. Bei Wirtschaftssanktionen. Bei Waffenlieferungen. Das Verständnis darüber ist von Beginn an groß und hält an. Erst diese Woche kam heraus, dass die Amerikaner der Berliner Ampelregierung gesagt hatten, sie seien sehr einverstanden, wenn Deutschland der Ukraine Leopard-2-Panzer liefern würde. Dies hat Olaf Scholz bis heute verweigert – unter Verweis auf vermeintlichen Abstimmungsbedarf mit Washington.

Im deutschen Umgang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine spiegelt sich eine Sonderrolle in der europäischen Geschichte, die bislang in Europa kaum wahrgenommen wird – auch nicht in Deutschland selbst. Im Gegensatz zu den meisten Mitgliedsstaaten von EU und Nato fehlt den Deutschen eine entscheidende Erfahrung mit Krieg: Sie haben noch nie als Demokratie ihr Land gegen eine fremde Macht militärisch verteidigen müssen.

Deutschlands Nachbarn haben die gegenseitige Erfahrung gemacht: Sie mussten sich in ihrer Geschichte immer wieder als Demokratien zur Wehr setzen – nicht zuletzt gegen die Deutschen. Sie haben, bis auf wenige Ausnahmen wie Großbritannien, darüber hinaus erfahren müssen, was es bedeuten kann, wenn die militärische Verteidigung gegen den Aggressor von außen nicht gelingt.

Zwar sah sich auch Deutschlands erste parlamentarische Demokratie in den bürgerkriegsähnlichen Anfangsjahren der Weimarer Republik immer wieder gegen zwungen, gegen gewaltsame Aufstände von linken und rechten Extremisten vorgehen – wie 1920 gegen den Putsch-

Versuch rechtsgerichteter Militärs in Berlin oder gegen die revolutionären Bewegungen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland 1920/21. Aber Krieg ist Verteidigungskrieg einer Demokratie gegen eine sie von außen angreifende Diktatur kennen die Deutschen nicht.

Vielmehr gilt: Waren die Deutschen nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 als Nationalstaat an einem großen Krieg in Europa beteiligt, dann ging er von ihnen selbst aus. Dann waren sie die Aggressoren. Dann waren sie die Invasoren. Dann waren sie die Okkupanten. Verloren die Deutschen einen Angriffskrieg, wie im Ersten Weltkrieg, dann war das nicht nur mit ungeheuren Verlusten an Menschenleben, Wirtschaftskraft und Wohlstand verbunden. Hinzu kamen hohe Reparationszahlungen und deutliche Verluste an Territorium und Einwohnern.

All dies traf dann nach einem weiteren Angriffskrieg in noch größerer Dimension zu: Der Zweite Weltkrieg kehrte mit voller Gewalt in das Land seines Ursprungs zurück. Die Deutschen erlebten nun in ihrer eigenen Heimat, was sie über ihre Nachbarn gebracht hatten: Invasion, Einmarsch, Okkupation, Tod, Zerstörung, Elend, Holocaust und Vernichtungskrieg prägten die deutsche Kriegsschuld. Das Land hörte sogar auf, als Staat zu existieren. Seine Streitkräfte wurden dieses Mal vollständig aufgelöst. Erst ein Jahrzehnt später erhielt der demokratische Teil Deutschlands wieder eine Armee – fest eingebaut in die westeuropäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen. Inzwischen hat die Bundeswehr zwar an zahlreichen Auslandsmissionen teilgenommen. Aber Kampfeinsätze hat sie bislang eben ausschließlich dort erlebt – und nicht zur Verteidigung der eigenen Heimat im Kriegsfall. Diese Form von Ernstfall im wahrsten Sinne des Wortes kennt Deutschland als Demokratie bislang nicht.

Die Folgen dieser deutschen Sonderrolle in der europäischen Geschichte prägen nicht nur zutiefst Deutschlands kol-

lektives Gedächtnis, sondern auch den Blick auf Krieg an sich. Es ist in der Logik der deutschen Geschichte, der deutschen Taten, ja nachvollziehbar: Krieg ist grundsätzlich abzulehnen, Pazifismus bis heute weit verbreitet. Krieg erinnert immer auch an die eigenen Kriegserfahrungen, an die eigenen Angriffskriege und ihre Konsequenzen. Krieg wird daher in der Regel gleichgesetzt mit eigener Aggression oder zumindest Intervention. Entsprechend innenpolitisch umstritten waren die Bundeswehreinsätze im Ausland und davon.

Aber es ist nicht nur diese Grundskepsis gegenüber dem Militärischen und seinem Einsatz, die Deutschlands eigenes Handeln beziehungswise Nichthandeln prägt – gerade auch mit Blick auf Russlands Invasion der Ukraine. Ebendorf wird wie unter einem Brennglas sichtbar, wie sehr in Deutschland weiterhin Krieg zur Verteidigung im engeren Sinne eine theoretische Angelegenheit bleibt. Denn vieles von dem, was in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert wird, hat mit der Praxis militärischer Verteidigung einer Demokratie gegen eine angreifende Diktatur nur wenig gemein.

Dies zeigt sich in der Debatte über die Frage der Bewaffnung der Ukraine. Schon allein der Versuch, sie zunächst in »defensiv« und »offensiv« und dann in »leicht« und »schwer« zu unterscheiden, spiegelt die fehlende historische Erfahrung in Deutschland, wie man als Demokratie in Kriegen nachhaltig überlebensfähig sein kann: durch den kombinierten Einsatz schwerer Waffensysteme wie Panzer, Artillerie und Kampfflugzeuge mit Infanterie, Fallschirmjägern und weiteren Spezialeinheiten.

Einer europäischen Nation, die erleben muss, wie sie von der Wehrmacht durch den kombinierten Einsatz schwerer Waffensysteme zunächst militärisch geschlagen und dann über Jahre besetzt wurde, wird man all dies sicherlich nicht erklären müssen. Schon gar nicht, wenn diese Nation zudem erleben durfte, wie sie von den Alliierten durch den

kombinierten Einsatz schwerer Waffensysteme wieder befreit wurde – wobei sich Befreiung von Gewaltherrschaft lediglich auf den Westen, Norden und Süden Europas erstreckte. Im Osten wurden die europäischen Nationen von der okkupierenden Diktatur durch eine okkupierende Diktatur »befreit« – eine Erfahrung, die zumindest dem Westen Deutschlands ebenfalls fehlt.

Die Beteiligung an der eigenen Befreiung 1944 war Frankreich nur möglich, weil die Freien Französischen Streitkräfte, die nach der Niederlage Frankreichs 1940 auf der Seite der Alliierten weiterkämpften, zunächst mit britischen und dann zunehmend mit amerikanischen Waffen ausgerüstet wurden. Es waren ausnahmslos Panzer und Fahrzeuge amerikanischer Produktion, mit denen die 2. französische Panzerdivision zur Befreiung von Paris beitrug. Bei Kriegsende in Europa waren die freifranzösischen Verbände mehr als eine Million Mann stark – mit sieben Infanteriedivisionen und drei Panzerdivisionen, bewaffnet durch die westlichen Alliierten.

Bereits in seinem Appell an das französische Volk vom 18. Juni 1940 über die BBC in London hatte Charles de Gaulle die Bedeutung der alliierten Waffenlieferungen für die spätere Befreiung seines Landes vorweggenommen: »Trotz aller Fehler, aller Verzögerungen, allen Leidens sind in der Welt alle notwendigen Mittel vorhanden, um eines Tages unsere Feinde zu besiegen. Heute durch mechanische Kraft überwältigt, können wir in Zukunft durch eine überlegene mechanische Kraft siegen.«

Finanzielle Grundlage der französischen Wiederbewaffnung zur Fortsetzung des Krieges war das Angebot von Winston Churchill, die Kosten zu tragen. Auf Bitte von General de Gaulle geschah dies in rückzahlbaren Vorschüssen, um die Unabhängigkeit des Freien Frankreichs zu wahren – eine Vorwegnahme des amerikanischen Leih- und Pachtgeschäfts, mit dem Franklin D. Roosevelt nicht nur das militärische Durchhalten

Großbritanniens nach der Niederlage Frankreichs 1940 ermöglichte, sondern auch die französische Exilregierung in London unterstützte. Heute ist es mit Joe Biden ein Nachfolger Roosevelts im Weißen Haus, der dieses Konzept als »Leih- und Pachtgesetz zur Verteidigung der Demokratie in der Ukraine« reaktiviert hat, um das militärische Durchhalten der Ukraine zu ermöglichen. Wie bereits im Zweiten Weltkrieg sollen dadurch Waffen und andere Hilfsgüter schneller und effizienter geliefert werden. Die damaligen Lieferungen hatten einen Wert von im heutigen Maßstab 500 Milliarden Dollar – mehr als 50 Milliarden sind inzwischen für die Ukraine mobilisiert.

Im Deutschland des Jahres 2022 muss man all dies anscheinend in Erinnerung rufen. Hier wirkt man nur wenig vertraut mit den Voraussetzungen für den letztlich erfolgreichen Verteidigungskrieg der Alliierten gegen die Achsenmächte – nach vielen alliierten Misserfolgen und Niederlagen. Während jetzt in Washington ganz pragmatisch auf bewährte Verfahren wie das Leih- und Pachtgesetz zurückgegriffen wird, um den russischen Aggressor militärisch zu stoppen, erlaubt sich Deutschland auch nach Monaten eines vorerst grundsätzlich erfolgreichen Verteidigungskrieges der Ukraine gegen Russland weiterhin die Debatte darüber, ob es nicht besser für Kiew wäre, den Kampf aufzugeben und stattdessen zu versuchen, eine Verhandlungslösung zu erreichen – zum Preis von Gebietsverlusten und militärischer Neutralität.

Noch immer scheint in Berlin teilweise das notwendige Bewusstsein für den richtigen Umgang mit Russlands Invasion der Ukraine zu fehlen. Noch scheint man nicht verstanden zu haben, welche Entschlossenheit es braucht, wenn Diktaturen Demokratien überfallen. Noch scheinen viele zu glauben, der Krieg sei zu stoppen, nicht der Aggressor – schon gar nicht um jeden Preis, nicht einmal ökonomisch, militärisch ohnehin nicht.



Thomas Speckmann ist Historiker. Er hat Lehraufträge an den Unis Bonn, Münster, Potsdam und der FU Berlin wahrgenommen

Dausend Prozent

66 %

der Deutschen finden den Moderator und Entertainer Jan Böhmermann nicht lustig. Unser Kolumnist meint: Wenn der blonde Furor über den bösen Witz triumphiert, hört der Spaß auf. Böhmermann schaut er trotzdem

Repräsentative Civey-Umfrage für die ZEIT in dieser Woche, 2500 Teilnehmer

Das mit dem Humor ist ja so eine Sache. Die einen lachen über den 100-Meter-Lauf der Orientierungslosen von Monty Python, die anderen kriegen sich nicht mehr ein, wenn Martina Hill und Carolin Kebekus als mittelschwer beschränkte Influencerinnen Larissa und Rebecca den Klimawandel, den Feminismus oder Fronleichnam erklären. Als kleinsten gemeinsamer Humornenner galt hierzulande immer schon Lorio's Ansatz, die Kämpfe des Kleinbürgers mit den Widrigkeiten des

Alltags zu karikieren. Etwa, als er die Liebeserklärung eines Spießers (»Sagen Sie jetzt nichts!«) mit der Nadel an der Nase garnierte oder einen Ordnungsfanatiker beim Versuch, ein schief hängendes Bild gerade zu rücken, die Inneneinrichtung eines Wartzimmers zertrümmern ließ. Ein Humor, der seinen Schöpfer überlebte. Bei Maria Barth ist es umgekehrt.

Und wie ist es mit Jan Böhmermann, der lustig? Wenn es nach Charles Dickens geht, dann nicht. Laut dem Schriftsteller

nimmt der Humor »die Welt hin, wie sie ist, sucht sie nicht zu verbessern oder zu beleben, sondern mit Weisheit zu ertragen«. Böhmermann nimmt nicht hin und erträgt nicht, er will mit einem Mix aus Journalismus und Witz verbessern und beleben.

Nimmt man aber Dickens' irischen Kollegen, den Dramatiker Richard Brinsley Sheridan zum Maßstab, so ist Böhmermann durchaus witzig. Denn laut Sheridan ist es »unmöglich, witzig zu sein ohne ein bisschen Bosheit«. Nur artet bei Böhmermann ein

bisschen Bosheit zuweilen in ein bisschen viel Bosheit aus. Etwa wenn er, wie jüngst geschehen, jedem und jeder, der und die überzeugt ist, dass es nur zwei Geschlechter gibt, vorwirft, transfindlich zu sein, ein *turd*, also ein »Scheißhaufen«. Wenn der blonde Furor über den bösen Witz triumphiert, dann hört der Spaß schnell auf.

Die Deutschen mögen diesen wütenden Witz nicht und sind wohl eher Engländer als Iren. Zwei Drittel von ihnen (66 Prozent) halten es mit Dickens und finden Böhmer-

mann ziemlich unwitzig, nur 23 Prozent gehören dem Sheridan-Lager an und erfreuen sich an Böhmi, dem Boshafen. Von *turd*-Ausnahmen abgesehen, gehöre ich dazu, *I like, I like*. Wenn Böhmermann etwa im Song *Ischgl-Fieber* das Corona-Spreaderevent »Apres-Ski« abfeiert, dann passiert das Gleiche wie beim Startschuss für die Orientierungslosen: Ich lache los.

Aber eigentlich schaue ich Böhmermann vor allem wegen der Saxofon-Spielerin im Tanzorchester Ehrenfeld. Die ist super!



Peter Dausend ist politischer Korrespondent im Hauptstadtbüro der ZEIT